



Projektland: Kolumbien

**Quartal/Jahr: Juli bis September
2010**

Schlagzeilen:

- **Verfassungsgericht verwirft Militärabkommen mit den USA**
- **Kolumbianisches Militär tötet FARC-Kommandeur Mono Jojoy**
- **Kolumbien und Venezuela streben bessere Beziehungen an**
- **Die wirtschaftliche Entwicklung ist das wichtigste Problem**

Verfassungsgericht verwirft Militärabkommen mit den USA

Ein umstrittenes Militärabkommen, in dem Kolumbien den USA die Benutzung einiger seiner Stützpunkte zugestanden hat, musste nachträglich vom kolumbianischen Parlament beraten werden. Das kolumbianische Verfassungsgericht entschied, das Abkommen dürfe erst nach Billigung durch den Kongress in Kraft treten.

Nachdem die USA 2009 ihre Basen zur Bekämpfung des Drogenhandels in Ecuador hatten aufgeben müssen, stellte der damalige Präsident Kolumbiens, Álvaro Uribe, den US-Streitkräften sieben Stützpunkte in seinem Land zur Verfügung. Mittels des am 30. Oktober 2009 unterzeichneten Militärabkommens wollten Kolumbien und die USA nach eigener Darstellung den Kampf gegen Terrorismus und Drogenhandel verstärken. Dagegen hatte vor allem Venezuela protestiert. Präsident Hugo Chávez warf Washington vor, in Kolumbien einen Krieg gegen sein Land vorbereiten zu wollen.

Kolumbianisches Militär tötet FARC-Kommandeur Mono Jojoy

Das kolumbianische Militär hat den FARC¹-Kommandeur Jorge Briceño Suárez, alias Mono Jojoy, getötet und damit der größten und ältesten Rebellengruppe des Landes eine weitere schwere Niederlage beigebracht. „Das ist der schwerste Schlag, den diese illegale Organisation in ihrer ganzen Geschichte erhalten hat“, sagte Präsident Juan Manuel Santos während eines Besuchs bei den Vereinten Nationen in New York.

An dem Großangriff auf ein FARC-Lager in der Provinz Meta seien 30 Kampfflugzeuge und 27 Hubschrauber beteiligt gewesen, teilte Innen- und Justizminister Germán Vargas Lleras in Bogotá mit. Mono Jojoy kämpfte 35 Jahre lang mit den FARC-Rebellen. 1993 wurde er deren Militärführer. Er galt als einer ihrer radikalsten und brutalsten Anführer. Außer ihm seien etwa 20 weitere Guerilleros getötet worden, darunter drei ranghohe Mitglieder der Organisation.

¹ FARC = Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia

Dem kolumbianischen Militär sind in den letzten Jahren zahlreiche Erfolge im Kampf gegen die FARC gelungen. Der bisher schwerste Schlag war die Tötung des Vize-Chefs der FARC; Raúl Reyes, bei der Bombardierung eines FARC-Lagers in Ecuador am 1. März 2008. Die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern sind seitdem gestört.

Die FARC-Rebellen, die seit den 60er Jahren den kolumbianischen Staat bekämpfen, konnten bisher nicht vollständig besiegt oder zu Verhandlungen gezwungen werden. In den vergangenen Wochen töteten sie mindestens 50 Polizisten und Soldaten. Aufgrund von Schutzgelderpressung, Menschenraub und Drogenhandel ist ihre Kriegskasse immer gut gefüllt. Die FARC werden von der EU, den Vereinten Nationen und Washington als international agierende Terrororganisation eingestuft.

Kolumbien und Venezuela streben bessere Beziehungen an

Am 7. August ist der frühere Verteidigungsminister Juan Manuel Santos als neuer Präsident Kolumbiens vereidigt worden. Der 58-jährige Santos folgt auf Álvaro Uribe, der das süd-amerikanische Land acht Jahre lang regierte.

Uribe, der stets eine enge Beziehung zu den USA unterhalten hatte, und der mit dem kommunistischen Kuba verbündete venezolanische Präsident Hugo Chávez waren in der Vergangenheit wiederholt aneinander geraten. Kurz vor der Amtsübergabe an Santos verschärfen sich die Spannungen zwischen den beiden Ländern. Kolumbien hatte auf einer Sitzung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Washington dem Nachbarland vorgeworfen, kolumbianische Rebellen zu beherbergen. Bogotá präsentierte Fotos und Videos, die bezüglich der seit Langem vermuteten Präsenz der kolumbianischen Guerillagruppen FARC und ELN² auf venezolanischem Gebiet keinen Zweifel mehr lassen.

Die Botschafter beider Länder lieferten sich auf der OAS-Sitzung hitzige Wortgefechte. Der kolumbianische OAS-Botschafter Luis Alfonso Hoyos bezifferte die Zahl der sich in Venezuela befindenden FARC- und ELN-Kämpfer auf 1.500. Diese hätten erst vor Kurzem von Venezuela aus Angriffe auf Kolumbien unternommen. Er sprach außerdem von dutzenden Rebellenlagern auf venezolanischem Territorium und forderte die Einrichtung einer internationalen Kommission, welche die Lager besuchen sollte. Venezuelas Vertreter Roy Chaderton wies die Beschuldigungen zurück und forderte seinerseits die Entsendung einer Kommission zur Untersuchung der US-Militärstützpunkte in Kolumbien.

Chávez verkündete daraufhin den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. „Wir haben keine andere Wahl, als um unserer Würde willen die Beziehungen zu unserer Brudernation Kolumbien vollständig abzubrechen“, sagte er in einer direkt übertragenen Fernsehansprache im Beisein der argentinischen Fußball-Legende Diego Armando Maradona. Der venezolanische Außenminister Nicolás Maduro gab den kolumbianischen Diplomaten 72 Stunden Zeit, um Venezuela zu verlassen.

Chávez unterstellte Kolumbien, gemeinsam mit den USA einen Krieg gegen Venezuela anzetteln zu wollen. Uribe sei dazu im Stande, im venezolanischen Dschungel ein falsches Guerillacamp zu errichten, um einen Krieg zwischen beiden Nationen auszulösen. „Wenn es einen Krieg mit Kolumbien geben sollte, werden wir weinend in diesen Krieg ziehen – aber wir werden es tun.“ Chávez verstärkte seine Streitkräfte an der 2.200 Kilometer langen kolumbianisch-venezolanischen Grenze und versetzte sie in höchste Alarmbereitschaft. Zudem drohte er, die Öllieferungen in die USA zu stoppen, sollten diese einen Angriff Kolumbiens

² ELN = Ejército de Liberación Nacional

auf sein Land unterstützen. „Selbst wenn jeder hier Steine essen muss, würden wir keinen einzigen Tropfen Öl mehr liefern.“

OAS-Generalsekretär José Miguel Insulza rief beide Länder dazu auf, ihre Gemüter zu kühlen. Er erinnerte daran, dass es nicht das erste Mal sei, dass beide Länder ihre Beziehungen abgebrochen hätten. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon forderte Kolumbien und Venezuela zum Dialog auf. Ban hoffe, dass die Streitigkeiten der beiden Regierungen auf friedliche Weise gelöst werden könnten, sagte ein Sprecher.

Nun scheint in diesen Konflikt Bewegung zu kommen, obwohl Uribes Rechtsanwalt Jaime Granados noch unmittelbar vor dem Machtwechsel erklärte, Chávez vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verklagt zu haben. Santos sagte in seiner Antrittsrede: „Das Wort Krieg gehört nicht mehr zu meinem Wortschatz, wenn ich über Kolumbiens Beziehungen zu seinen Nachbarn nachdenke.“ Er bot Chávez „freimütige und direkte“ Gespräche an, „hoffentlich so bald wie möglich“.

Die Gelegenheit zum Dialog eröffnete sich schon wenige Tage später: Santos und Chávez vereinbarten bei ihrem ersten Treffen in Santa Marta an der kolumbianischen Karibikküste die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Fünf gemeinsame Kommissionen sollen die Differenzen zwischen den beiden Nachbarn überwinden.

Santos erklärte, Chávez und er hätten ein offenes, direktes und ernsthaftes Gespräch geführt und einen großen Schritt nach vorne unternommen. Auch Chávez sagte, das Gespräch sei brüderlich verlaufen: „Ich bin hierhergekommen, um eine neue Seite aufzuschlagen.“ Er lobte ausdrücklich den kubanischen Revolutionsführer Fidel Castro, der am Vorabend des Versöhnungstreffens vor einem Krieg gewarnt hatte: „Fidel Castro hatte Recht, als er sagte, dass ein Krieg unmöglich sei.“ Dann wandte er sich an Santos und erklärte: „Sie haben gesagt, das Wort Krieg aus ihrem Wortschatz gestrichen zu haben, nun gut, aus meinem ist es auch getilgt.“

Santos horchte sichtbar auf, als Chávez auf das Thema Guerilla zu sprechen kam: „Was wir alle wollen ist Frieden, Frieden und nochmals Frieden.“ Bereits vor seinem Flug nach Kolumbien forderte er die FARC-Rebellen dazu auf, endlich alle Geiseln freizulassen, um den Weg für direkte Friedensverhandlungen freizumachen. Es war nach langer Zeit die erste deutliche Distanzierung Venezuelas vom bewaffneten Kampf der FARC.

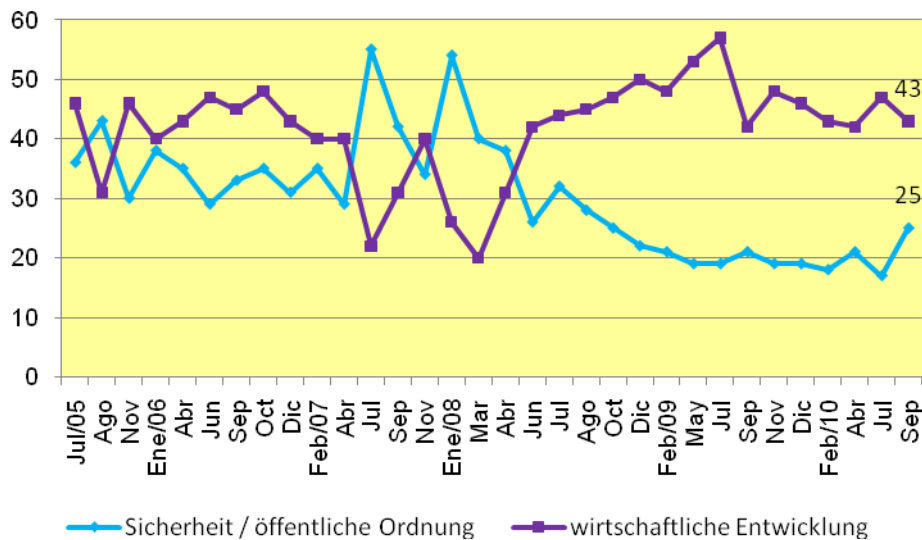
Das Treffen fand an einem symbolträchtigen Ort statt: Die beiden Präsidenten führten ihre Gespräche in dem Haus, in dem der südamerikanische Unabhängigkeitskämpfer Simón Bolívar 1830 gestorben war. Dieser wird sowohl in Kolumbien als auch in Venezuela als Nationalheld verehrt.

Für beide Länder ist die Lösung ihres Konfliktes nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht zwingend erforderlich. Die kolumbianische Wirtschaft beklagt Außenstände von mehr als 800 Millionen US-Dollar für bislang unbezahlte Lieferungen an Venezuela. Unmittelbar nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist der Handel zwischen den beiden Ländern nahezu vollständig eingebrochen. Vor allem die einflussreichen kolumbianischen Großunternehmer drängten Santos, die Krise möglichst schnell zu beenden, damit der Export ins Nachbarland wieder ins Rollen kommt. Aber auch Venezuelas schwächelnde Wirtschaft braucht dringend Impulse. Kolumbiens boomende Wirtschaft könnte für das ganz auf die Ölförderung fixierte Venezuela von Vorteil sein.

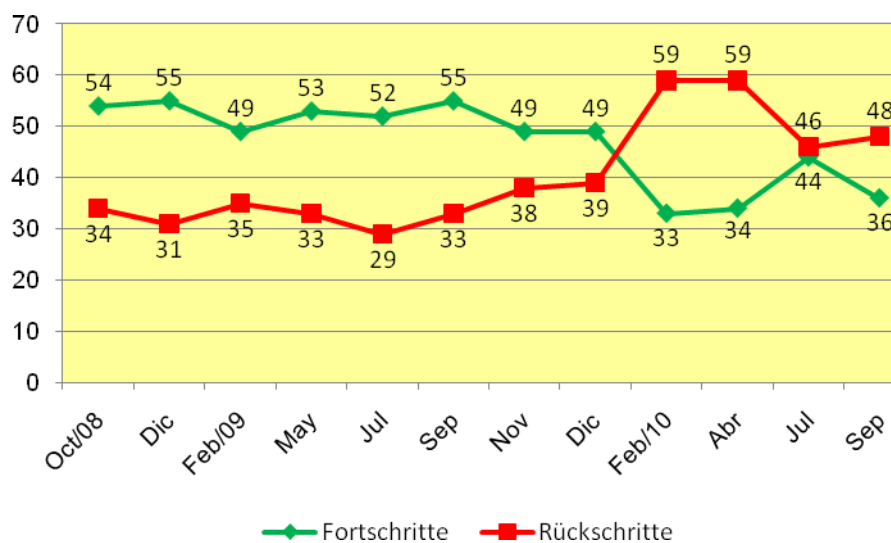
Die wirtschaftliche Entwicklung ist das wichtigste Problem

Bei einer Umfrage von GALLUP COLOMBIA LTDA. ergab sich, dass 43 Prozent der kolumbianischen Bevölkerung die wirtschaftliche Entwicklung ihres Landes als das momentan wichtigste Problem betrachten. Insbesondere mangelnde Kaufkraft und Arbeitslosigkeit sorgen bei den Kolumbianern für „Kopfschmerzen“. Dagegen stellt der Themenkomplex Sicherheit / öffentliche Ordnung dank der diesbezüglich erfolgreichen Politik Uribes nur noch für 25 Prozent das aktuelle Hauptproblem dar (siehe Grafik 1).

Grafik 1: „Was erachten Sie momentan als das Hauptproblem Kolumbiens?“ (in %)



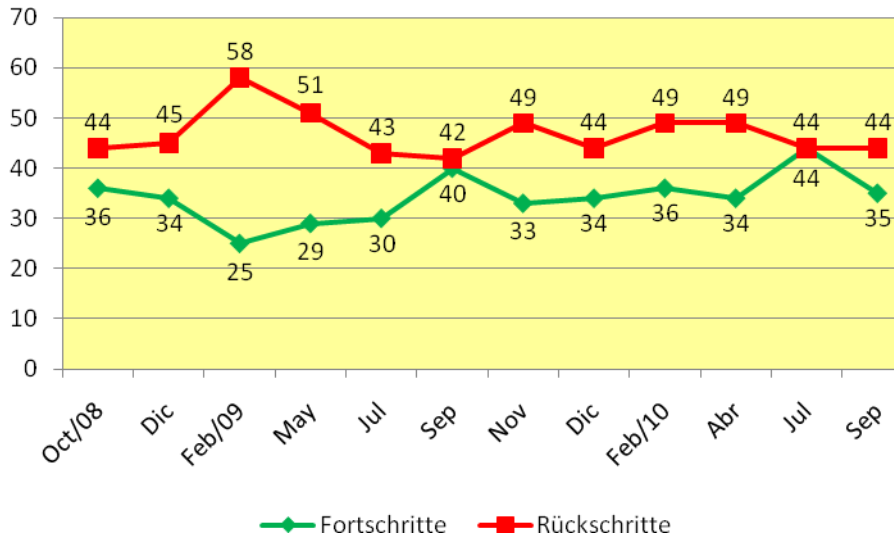
Grafik 2: „Sehen Sie Fortschritte oder Rückschritte im Gesundheitswesen hinsichtlich Qualität und flächendeckender Versorgung?“ (in %)



Die Zustimmungsrate für Santos lag kurz nach seinem Amtsantritt bei 74 Prozent. Auf die Frage: „Sind Sie mit der Wirtschaftspolitik der Regierung Santos einverstanden?“ antworteten 60 Prozent mit Ja. 48 Prozent sind der Meinung, dass sich die Situation im Gesundheits-

wesen (Qualität und flächendeckende Versorgung) verschlechtert (siehe Grafik 2) und 44 Prozent glauben, dass die Anstrengungen zur Überwindung der Armut erlahmen (siehe Grafik 3).

Gratik 3: „Sehen Sie Fortschritte oder Rückschritte beim Kampf gegen die Armut?“ (in %)



HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
 AUTOR: PROF. DR. KLAUS GEORG BINDER
 LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
 TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX: +49 (0)89 1258-359
 E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
 ERSTELLT AM: 10. OKTOBER 2010